

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis im September: 2. Woche M. 600 000.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 600 000 zuzügl. Postbestellgeld. Einzelnummern 10 000 M. u. Strolch M. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb., Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum M. 70 000.—, auswärts M. 90 000. Reklamezeile 180 000 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Inserate u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 90 000 M. mehr berechnet. Schluß d. Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 210

Februar 179

Wildbad, Samstag, den 8. September 1923

Februar 179

58. Jahrgang

Politische Wochenschau

Am 1. September ist über Japan ein Unglück herabgebrochen, so gewaltig und so grausig, wie in der ganzen geschichtlichen Zeit der Erde kein zweites bekannt ist. Durch ein heftiges Land- und Seebeben, das durch eine gewaltige Veränderung des tiefen Meeresgrunds in einer Entfernung von 60 Meilen südlich der japanischen Hauptstadt Tokio verursacht zu sein scheint, und durch Feuersbrünste von unerhörtem Ausmaß sind über eine halbe Million Menschen umgekommen, einige hunderttausend Häuser zerstört, viele Städte und Dörfer vernichtet worden, auch der großartige Flottenstützpunkt Kojokusa soll mit einem Teil der Flotte von einer Springslut verschlungen worden sein. Eine japanische Zeitung gab, unter dem niederschmetternden Eindruck der Naturereignisse, der Befürchtung Raum, Japans Stellung als Großmacht sei in Frage gestellt. Es gibt also doch noch andere Mächte als den Obersten Rat, oder die Botschafterkonferenz, oder die Rheinlandkommission, oder — den Völkerbund, die in das Leben der Völker bestimmend eingreifen. Das ist die halbvergeffene Wahrheit, die dem unter dem Siegerfieber leuchtenden Europa die erschütternden Nachrichten aus Ostasien aufs neue predigen. Die Japaner, die so viel Gutes von Deutschland empfangen haben, waren im Weltkrieg unsere Feinde und auch nach dem sogenannten Friedensschluß, an dem Japan weidlich zu unserem Schaden mitwirkte, hat das amtliche Japan sich feindselig gegen uns verhalten. Der Botschafter Ishii hat lächelnd stets allen Entscheidungen zugestimmt, die für Deutschland verderblich waren. Aber es hätte auch anders sein können. Die wilhelminische Politik hat wohl nirgends sich so verkehrt erwiesen — und das will viel heißen — wie in der ostasiatischen Frage. Wenn die deutsche Politik beim Frieden von Schimonoseki 1895, nach dem russisch-japanischen Krieg, dem unzuverlässigen Rußland zuliebe den Japanern nicht so ganz unnötigerweise vor den Kopf gestoßen hätte, sondern den Rat des Generals Waldsee befolgt hätte Japan in „wohlwollender Neutralität“ zu halten, so wäre es den Kriegsmachern in Paris und London wohl kaum möglich gewesen, ihre Eingreifungspolitik 1914 in kriegerische Taten umzuwandeln; Rußland hätte nicht seine sibirische Flanke ganz von Truppen entblößen können und Amerika würde wohl einige Bedenken getragen haben, ein Millionenheer auf den französischen Kriegsschauplatz zu werfen. Bethmann Hollweg war erst recht nicht der Mann, im letzten Augenblick noch die japanische Gegnerschaft abzuwenden, wiewohl es nach den „Dienwürdigkeiten“ des Botschaftsrats Eckardt wohl möglich gewesen wäre.

Doch das ist Vergangenheit. Wenn es richtig ist, daß Japans Machtstellung durch das Erdbeben gefährdet ist, so soll man den Blick in die Zukunft richten. Die Weltgeschichte bis ums Jahr 1500 stand gewissermaßen unter dem Gesichtspunkt eines Kampfes ums Mittelmeer. Dann folgte der Kampf um das Atlantische Weltmeer, dessen vorläufiger Abschluß der Weltkrieg gewesen ist. Die Angelsachsen erlauchten die Abperrung Deutschlands durch einen neufranzösischen Wettbewerb, den sie allerdings nicht erwartet hatten. Und nun kommt der Kampf um das Stille Weltmeer. In diesem Kampf gibt es vielleicht ein noch viel bewegteres Auf und Nieder als in dem Ringen zwischen Franzosen und Engländern um das Atlantische Meer und was damit zusammenhängt. Im Interesse Deutschlands wäre es gelegen, daß Japans Stellung durch das Erdbeben nicht allzu erschüttert würde, damit es auf der Welt noch ein Stück menschlicher Entwicklung gäbe, das entschlossen ist und die Macht hat, sich unabhängig vom Versailles Siegkapitalismus zu behaupten.

Wie notwendig ein solches Gegengewicht im politischen Weltgetriebe ist, ersieht man leicht aus dem Streit, der zwischen Italien und Griechenland ausgebrochen ist. Bei der vom Pariser Botschafterrat verfügten Grenzfestsetzung zwischen Griechenland und Albanien, die eine Verschiebung zugunsten Albaniens, d. h. Italiens — denn Albanien soll doch eine Balkankolonie Italiens werden — mit sich bringen wird, ist die italienische Kommission, mit dem General Teleni an der Spitze, meuchlings erschossen worden. Die Italiener und die Albanier behaupten, die Mörder seien Griechen gewesen und die griechische Regierung stehe dem Anschlag nicht fern. Die Griechen schieben die Schuld den Albanern zu. Jedenfalls kam der Mord den Italienern nicht ungelegen. Er gab dem Diktator Mussolini die Gelegenheit, an Griechenland unerhörte Forderungen der Genugthuung zu stellen und zugleich mit Waffengewalt „Sanktionen“ zu verhängen und „Pfan der“ zu nehmen. Die Insel Korfu wurde nach kurzer Beschießung, die 20 Menschen das Leben kostete, besetzt, andere Inseln sind von der Beschießung bedroht und an die albanisch-griechische Grenze sind italienische Truppen gebracht worden. Alles soll „friedlich“ vor sich gehen, versicherte Mussolini, er erwarte aber, daß Griechenland sich

Tagesspiegel

Die Fassung eines wertbeständigen Geldes steht unmittelbar vor dem Absinken auf Grund des Vorschlags Heiserichs in Verbindung mit einer neuen Goldwährung. Also nicht Roggennoten!

Ein Zensurkurator soll Ordnung schaffen durch scharfe Erfassung der Zeitschriften.

Vertreter des besetzten Gebietes und die Regierung fordern die volle Aufrechterhaltung des passiven Widerstands.

Der Reichskanzler brante in einer Ansprache an die ausländischen Pressevertreter, daß Deutschland zu finanziellen Leistungen bereit sei, wenn seine Grenzen und seine Landeshoheit gesichert sei.

Die Italiener haben einige andere Inseln bei Korfu zur „Sicherung“ besetzt. Der Völkerbund hat sich einen Siertanz um den griechisch-italienischen Streit gestattet, so daß die Botschafterkonferenz in Paris jetzt das Wort hat. Mussolini aber zeigt sich unnachgiebig.

Ein Beamten-Abbaugesetz des Reiches fordert die Zwangspensionierung mit dem 65. Lebensjahr.

Der Dollar liegt amtlich bei 60 Millionen!

Keinen Vorentscheidungen nicht widerstehe, sonst werde er auch vor einem Krieg nicht zurückschrecken. — Die Insel Korfu hat als Stützpunkt für eine Flotte große Bedeutung, denn sie ermöglicht, die sogenannte Straße von Diranto, die engle Stelle zwischen Italien und der Balkanhalbinsel, in Gegenwirkung zu dem gegenüberliegenden italienischen Kriegshafen Spezia zu sperren und das Adriatische Meer zu einer „italienischen See“ zu machen, was seit 70 Jahren das Ziel der italienischen Politik ist. Eben deswegen setzte es England durch, daß die Insel in den über hundert Jahren des vorigen Jahrhunderts an das mächtige Griechenland abgetreten werden mußte. England wollte keine stark gestärkte italienische Seemacht im Mittelmeer dulden, die dem Seeweg nach Indien hätte gefährlich werden können. Darum erhob die englische Regierung jetzt auch sofort Einspruch gegen die Besetzung Korfus und drängte darauf, daß der Streitfall vor den Richterstuhl des Völkerbunds gebracht werde, dem Italien und Griechenland angehören. Nach den Sätzungen des famosen Völkerbunds wären die streitenden Parteien verpflichtet gewesen, die Angelegenheit vom Völkerbund, der just am 3. September seine vierte Tagung begann, austragen zu lassen. Aber Mussolini weigerte sich glattweg, den Völkerbund als Gerichtshof anzuerkennen, eher werde Italien aus dem Bund austreten. Auch von der Entscheidung durch den Botschafterrat, dessen Vermittlung Griechenland anrief, wollte Mussolini nichts wissen; Italien lasse sich in seine Angelegenheiten weder vom Völkerbund noch vom Botschafterrat noch von sonst jemand dritteln. Das Säbelgerassel in Belgrad braucht Mussolini nicht zu fürchten. Gewiß ist Südserbien in seinen wichtigsten Interessen nicht weniger bedroht als Griechenland, wenn es Mussolini gelingt, Korfu dauernd zu besetzen; aber „Südserbien“, die unnatürliche Schöpfung des welterlösenden Verbands, wird sich hüten, wegen Griechenlands sich die Finger zu verbrennen und das neugebaute Dasein aufs Spiel zu setzen, fernermal die durch die abgrundtiefe Verbandsweisheit zu Groß-Serbien geschlagenen Länder Kroatien, Montenegro, Bosnien und Serbien sehr wahrscheinlich die Gelegenheit ergreifen würden, sich von dem verhassten Serbien mit Hilfe Italiens wieder loszureißen. Inmitten ist es von Italien ein gefährliches Spiel, mit der brennenden Lunte an dem Pulverfaß des Balkans herumzuzündeln. Oesterreich und Rußland sind dort in die Luft geflogen; ob es Italien schließlich, auch wenn es vorerst erfolgreich sein sollte, nicht auch so gehen würde?

Auf die Dauer wird England eine Festlegung Italiens auf dem Balkan oder dessen vorherrschenden Einfluß dazulicht schwerlich ertragen können. England wird Korfu nicht aus dem Auge lassen und Mittel und Wege finden, der italienischen Orientpolitik zunächst in aller Freundschaft so viel Steine in den Weg zu wälzen, daß es zu gegebener Zeit den bekannten Strich durch die italienische Rechnung machen kann. Der Balkan ist wie geschaffen für die Sonderart der englischen Diplomatie und diese ist, in allen Ehren, vollkommen eingestellt auf die Sonderart des Balkans. Es wurde gemeldet, England mache seine Flotte mobil und werde die Italiener nötigenfalls zwingen, Korfu wieder zu verlassen. Die Folgen eines solchen Schritts wären unabsehbar und es hält schwer, an eine solche Entschlossenheit Baldwin oder Curzons zu glauben. Wird England die mühevoll genug erwirkte Förderung der italienisch-französischen Genossenschaft riskieren und Mussolini den

Franzosen wieder in die Arme treiben? Das, wäre ja ein Triumph für Poincaré, wie er noch keinen erlebt hat. Poincaré hat die ihm so günstige Lage sofort beim Schopf gepackt; er hat der Form wegen gegen das Vorgehen Italiens einen sanften Einspruch erhoben, aber zugleich Mussolinis Ablehnung des Völkerbunds gebilligt und kein Wort des Tadels gefunden, als der Vertreter Italiens, der berühmte Kriegsheer Salandra, in der Völkerbundsversammlung am 5. September den Bund mit geradezu beleidigender Geringschätzung beiseite schob.

Freilich, Poincaré konnte nicht wohl eine andere Stellung einnehmen, denn mit Bedacht hat Mussolini sein Vorgehen mit den berühmten Schlagwörtern „Sanktionen“ und „Pfan der“ begründet und damit auf das deutsche Rheinland und das Ruhrgebiet angespielt, wo die „Sanktionen“ jetzt in höchster Blüte stehen. Die Franzosen haben dort wieder einige hundert Milliarden auf den Straßen geraubt und die Belgier sind auch nicht faul gewesen und haben die verschiedenen Reichsbanknoten in ihrem Bereich um 850 Milliarden Mark erleichtert. Was sie nur mit dem vielen Papier anfangen wollen? Die deutsche Mark hat doch so gut wie keinen Wert mehr und über kurz oder lang wird sie womöglich wie die polnische von den Börsennotierungen gestrichen sein. Wie das gekommen ist? Wenn man englischen Blättern glauben dürfte, so wäre der unfaßliche Kurssturz der Mark die Antwort Englands und der Vereinigten Staaten auf die Große Koalitionsregierung Stresemanns in Deutschland. In einer Regierung, in der die sozialistische Richtung vorherrsche, könne man kein Vertrauen haben — in Washington hat der verstorbene Präsident Harding tatsächlich wiederholt derartige Äußerungen getan — und man habe erwartet, daß Deutschland den passiven Widerstand forsetze; statt dessen habe Stresemann, im Gegensatz zu seiner früheren Stellungnahme, als Reichskanzler alsbald die Kapitulation eingeleitet, er verschmähe die mittelbare oder unmittelbare Unterstützung Englands und suche mit Notwendigkeit durch wirtschaftliche Zugeständnisse nach der Art Rathenous ins Reine zu kommen.

Etwas Wahres mag daran sein, insofern als wirklich der Marksturz genau mit dem deutschen Regierungswechsel einsetzte. In dem kritischen 10. August d. J. hand der Dollar auf 39 Millionen M., am 6. September galt er an der New Yorker Börse 60 Millionen, das Pfund Sterling 150 Millionen Papiermark. Daraus scheint wohl hervorzugehen, daß in London und New York bzw. Washington mit irgendeiner Absicht „gedrückt“ wird. Aber gefehlt auch der Börsendruck sollte ein Ausdruck des Unwillens sein — ist es nicht unsere eigene Angelegenheit, eine Reichsregierung zu bilden? Und wer wird denn „gestraft“? Die Regierung? Nein, das ganze deutsche Volk; in wenigen Tagen ist Deutschland vom billigsten zum teuersten Land der Welt geworden, so daß die Ausländer fluchtartig unser Land verlassen, was wir, nebenbei gesagt, verschmerzen können. Die Rede Stresemanns, namentlich diejenige in Stuttgart am 2. September, wurden allerdings nieles so aufgefaßt, daß er den passiven Widerstand aufgeben wolle, und das „Echo de Paris“ schrieb dazu, es sei klar, daß Stresemann den Grundgedanken des passiven Widerstands nur noch der Form halber aufrechterhalte. Das scheint in London besonders sibel vermerkt worden zu sein, denn der Kurssturz verdoppelte sich nach der Stuttgarter Rede. Aber der Reichskanzler hat nicht von dem Aufgeben, sondern von „anderen Formen“ des passiven Widerstands gesprochen, und das ist immerhin etwas anderes.

In unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lage sind wir nun allerdings gegen die fremden Börsenmächte fast wehrlos wie gegen die Friedensbrecher im Ruhrgebiet, die auch durch die größten wirtschaftlichen und anderen Zugeständnisse nicht zu bewegen sein werden, so „Wand“ der Ruhrlegung aufzugeben. Darüber ist sich doch wohl auch die Reichsregierung klar. Jedes Nachgeben ohne sichere Gegenleistung, würde uns nur noch mehr schaden. Zum Ueberflus erklärt ja auch die halbamtliche Pariser Presse, die Angebote Stresemanns seien noch lange nicht genügend. Genügend wäre nur eine bedingungslose Unterwerfung, die Poincaré schalten und walten ließe, wie er gerade wollte. Und was er will, hat er durch die neuesten Verordnungen der Rheinlandkommission gezeigt: gewisse amtliche Schriftstücke der deutschen Verwaltung in den besetzten Gebieten sollen der Rheinlandkommission zur Kenntnisnahme vorgelegt werden, die Amtsstellen der ausgewiesenen Beamten sollen von der Rheinlandkommission mit den erlauteten Kreaturen aus der Rolle der Sonderbündler besetzt werden; Zuwiderhandlungen werden mit den schwersten Strafen belegt. Das ist eine unerbittliche Rechtsverletzung, die unmittelbar und offen an den Haß des Landes anspielt. Kann man da noch „verhandeln“? Bei solchen Darstellungen dagegen ist es nicht getan. Welche gibt der Reichskanzler Auskunft darüber, was er dagegen zu tun gedenkt, wenn der Auswärtige Ausschuss des Reichstags nach dem Antrag der deutschnationalen Fraktion einberufen werden sollte.



